

Bezugsbedingungen und Einzelgenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Berlag und Einzelgenabteilung
Geschäftszeit 8 1/2 bis 6 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Internationale Rußlandkonferenz?

Unter Hinzuziehung der Sowjet-Vertreter noch in diesem Sommer.

W. S. Genf, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der französische Journalist Marcel Ray veröffentlicht im "Genevois" einen Artikel über die russische Frage. Es heißt darin, Europa sei nicht genügend geschützt gegen die Gefahren, die ein erneuter Zwischenfall an der russischen Grenze haben könnte.

Der Aufsatz schließt mit der Mitteilung: "So soll bereits die Idee einer internationalen Konferenz über das russische Problem in der Luft liegen. Sie könnte übrigens so anders als in Genf zusammengetreten, eventuell unter Hinzuziehung von sowjetrussischen Delegierten und sie könnte eingeschoben werden zwischen die gegenwärtige und die nächste Ratstagung im September.

Das Kommuniqué über die gestrige vertrauliche Konferenz in Genf ist außerordentlich schweigsam. Desto lauter sind die Gerüchte und Kommentare, die es begleiten.

Die deutschnationale Presse stellt sich immer mehr auf den Gedanken ein, daß in Genf über die Bildung einer geschlossenen Antisowjetfront verhandelt werde, der Deutschland unter gewissen Bedingungen beitreten könnte.

Die deutsche Politik darf sich angesichts der vorhandenen Konflikte nach keinem anderen Gesichtspunkt richten als dem einen, daß die Erhaltung des Friedens und die Herstellung geordneter Beziehungen zwischen den Staaten das wichtigste Interesse des deutschen Volkes ist.

Die Frage lautet für Deutschland nicht: "Was ist zu tun, um aus einer verworrenen Lage besondere Konzessionen für Deutschland herauszuholen?" sondern sie lautet: "Was kann getan werden, um die gegebenen Konflikte, vor allem den englisch-russischen wieder beizulegen?"

Der englisch-russische Konflikt ist entstanden, weil sich England in seinen Weltreichsinteressen durch die russische Außenpropaganda bedroht fühlt, während Rußland annimmt, daß England den Bestand seiner gegenwärtigen Regierungsverhältnisse durch Verschönerungen unterminiert.

Deutschland hat keine Weltreichsinteressen zu vertreten. Die deutsche Bourgeoisie vor allem hat von der Propaganda der dritten Internationale nichts zu befürchten. Im Gegenteil! Der Angriff der deutschen Filiale Moskaus richtet sich nicht gegen den Kapitalismus sondern ausschließlich gegen die Sozialdemokratie, was ja der deutschen Bourgeoisie nur angenehm sein kann.

Ähnlich verhält es sich in anderen Ländern. Auch sie sind an den übertriebenen Sorgen des englischen Imperiums kaum beteiligt. Zur Bildung einer Antisowjetfront besteht nicht der geringste Grund. Desto notwendiger ist es, eine Lösung des Problems zu finden, wie ein ruhiges, den Frieden nicht gefährliches Zusammenleben Rußlands mit den übrigen Staaten ermöglicht werden kann.

Hätte Herr Marcel Ray recht mit seiner Behauptung, daß eine Konferenz über die englisch-russische Frage geplant sei, zu der auch Vertreter Rußlands eingeladen werden sollen, so wäre das lebhaft zu begrüßen. Und gelänge es Deutschland, bei dieser Konferenz eine vermittelnde Rolle zu spielen und zu ihrem günstigen Ergebnis beizutragen, so wäre das, aus lange Sicht gesehen, viel wertvoller als alle Konzessionen, die man durch diplomatische Tauschgeschäfte erlangen kann.

Die deutschnationale Politik - oder wenigstens die Politik, die von einem wesentlichen Teil der deutschnationalen Presse befürwortet wird - läuft daraus hinaus, Deutschland zu einem Vandsknecht zu machen, der gegen Lohn Dienste leistet. Wir können der deutschnationalen Presse jetzt schon sagen, daß das deutsche Volk für diese Rolle nicht zu haben sein wird.

Keine antirussischen Einheitsfrontversuche.

W. S. Genf, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Im Anschluß an die gestrigen Geheimberatungen der Mächte ist Genf von Kombinationen über angebliche diplomatische Pläne gegen die Sowjetunion erfüllt. Diese Kombinationen gehören in das Reich der Träume, was sich aus übereinstimmenden Mitteilungen besonders gutinformierter Persönlichkeiten ergibt.

als eine wenig freundliche Haltung ausgelegt werden würde, so sind doch die wirtschaftlichen Beziehungen der einzelnen Mächte zur Sowjetunion viel zu verschieden geartet, als daß die Annäherung eines gemeinschaftlichen finanziellen Vorgehens ins Auge gefaßt werden könnte.

Die Abrüstungsvorarbeiten.

Debatte im Völkerverbundrat.

W. S. Genf, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der öffentlichen Ratstagung wurden zunächst technische Fragen des Sicherheitsproblems erörtert. Dem Rat lag u. a. ein Bericht vor über wirtschaftliche Druckmaßnahmen in Friedenszeiten, insbesondere über die Anwendung der Seeblockade.

Ergebnisse der ersten Sitzung der Abrüstungskommission

Schlug der Berichterstatter Benech vor, ihn im Rat zu besprechen, sondern nur ihn den Regierungen, soweit sie in den Vorbereitenden Kommission vertreten waren, amtlich zu übermitteln.

Stresemann bedauerte, die Lage nicht so optimistisch ansehen zu können. Die Vorbereitende Kommission hat nicht so viel erreicht wie wünschenswert sei.

Banderoelde betonte, die Regierungen möchten den Willen zum Erfolg haben und dieser Wille zum Erfolg müsse ihnen von der öffentlichen Meinung als letzter Instanz aufgezwungen werden.

Zweifellos sei eine große Enttäuschung über die bisherigen Ergebnisse vorhanden. Ganz besonders wichtige Punkte seien ungelöst geblieben.

Benech erklärte sich mit den drei Diskussionsrednern einverstanden. Paul Boncour sei zufrieden gewesen über das bisher Erreichte, und Stresemann sei (hier mußten die Kommissionsmitglieder lächeln) weniger optimistisch als Paul Boncour gewesen, aber er habe die Skepsis über die Ergebnisse zum Ausdruck gebracht, und Banderoelde einen Blick in die Zukunft getan.

Chamberlain meinte, in diesem wie in anderen großen Problemen sei Zeit notwendig. Wir können nicht erwarten, daß wir die Welt in einigen Monaten ändern.

Die Frage des Vorsitzenden, ob er den Mord begangen habe, bejaht der Angeklagte, bekennt sich jedoch zu keiner Schuld. Den Mord habe er verübt, um sich für all das, was die Bolschewisten in Rußland begangen haben, zu rächen.

Kowerda vor dem Standgericht.

Beginn des Prozesses gegen den Gesandtenmörder.

Warschau, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Unter riesiger Beteiligung des Publikums begann heute vormittag in Warschau das Standgerichtsverfahren gegen Kowerda, den Mörder des russischen Gesandten in Warschau, Woskow. Seine Personalien ergaben, daß er das Alter von 20 Jahren noch nicht überschritten hat, eine siebenklassige Gymnasialbildung besitzt und bis vor kurzem Mitarbeiter einer in Wien erscheinenden wehrussischen Zeitung gewesen ist.

Den Gesandten hat der Angeklagte vor der Tat nicht gekannt. Nach der ersten Vernehmung des Angeklagten werden die Zeugen ausgerufen. Der ebenfalls als Zeuge geladene ehemalige russische Geschäftsträger in London, Rosengolz, der während des Attentats auf dem Warschauer Hauptbahnhof neben dem Gesandten gestanden hat, tritt erst heute abend zu seiner Vernehmung aus Moskau hier ein.

Der Staatsanwalt beantragt, die Verhandlung weiterzuführen und wenn Zeuge Rosengolz nicht rechtzeitig zur Verhandlung kommen wird, so soll seine schriftliche Aussage vorgelesen werden. Die Verteidigung schließt sich diesem Antrage an und das Gericht stimmte dem Antrage zu.

Tragödie auf dem Arbeitsmarkt.

Wie er in Wahrheit aussieht.

Die zweifellos vorhandene Besserung des Arbeitsmarktes ist kein Anlaß, einen Jubelgesang anzustimmen. Das Bild ist immer noch trübsalig. Nicht nur im Hinblick auf den tatsächlichen Umfang des Arbeitslosenheeres; weit schlimmer ist die Sprache der Zahlen über seine Zusammensetzung.

Die Krise des Arbeitsmarktes begann Ende 1925; ihr Verlauf ergibt sich aus der nachfolgenden Zahlenreihe über die Hauptunterstützungsempfänger. Die Notstandsarbeiter sind hinzugezählt, weil für ihre Beschäftigung aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge im Durchschnitt das 1 1/2fache der Unterstützung als verlorener Zuschuß gezahlt wird.

Table with 5 columns: Year, Category, Number of recipients, and Total. Rows include data for 1925 and 1926 across various months.

Im Lichte dieser Zahlen tritt der Umfang der Arbeitslosigkeit deutlicher in die Erscheinung, als es durch die Ausweise über die direkten Unterstützungsempfänger aus der Erwerbslosenfürsorge geschieht. Einige künstliche Verschönerungen im Gesamtbild durch Verkürzung der Bezugsdauer in der Erwerbslosenfürsorge bei einigen Berufen, Aushebung der Nichtarbeitsfähigen in der Krisenfürsorge müssen in künftigen Berechnungen berücksichtigt werden.

In der Sitzung des Reichstagsausschusses für soziale Angelegenheiten am 2. Mai hat der Reichsarbeitsminister die Einschränkung der Krisenfürsorge auch mit einer unstatthafter Ausnutzung der Krisenfürsorge begründet. Das vom Reichsarbeitsminister vorgetragene Material der sogenannten Verstärkungsbeamten, die den Arbeitsnachweisern zur Verfügung gestellt worden sind, gewährt einen interessanten Einblick in die Methoden zur Herabdrückung der Zahl der Unterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge.

Das Bild der Arbeitslosigkeit ist in der Tat nicht so optimistisch, wie es durch die Zahlen der Unterstützungsempfänger zu sein scheint. Die Arbeitslosigkeit ist in der Tat nicht so optimistisch, wie es durch die Zahlen der Unterstützungsempfänger zu sein scheint. Die Arbeitslosigkeit ist in der Tat nicht so optimistisch, wie es durch die Zahlen der Unterstützungsempfänger zu sein scheint.

Die hier vorliegenden sozialen Aufgaben sind durch Abbau oder Beseitigung der Krisenfürsorge nicht gelöst. Auch

hier zeigt sich, daß die Freiheit des Unternehmertums auf dem Arbeitsmarkt im Widerspruch zu den sozialen Notwendigkeiten steht. Das tritt mit der gleichen Deutlichkeit in die Erscheinung, wenn man die Dauer der Arbeitslosigkeit bei den Unterstützungsempfängern der Erwerbslosenfürsorge untersucht. Es ergibt sich folgendes Bild:

Unter den direkten Unterstützungsempfängern waren bei Beginn der großen Arbeitslosigkeit am 15. Dezember 1925 nur 42 014, die bereits über 26 Wochen Unterstützung erhielten. Die Zahl steigerte sich von Monat zu Monat, am 15. Juli 1926 waren es bereits 379 609. Vom 15. August 1926 läßt sich auch die Entwicklung der über 39 Wochen Unterstützung übersehen. Es sind zu diesem Zeitpunkt insgesamt 495 809 Erwerbslose mit einer Unterstützungsdauer von über 25 Wochen vorhanden. Davon sind 114 801 bereits über 39 Wochen arbeitslos. Ende des Jahres steigt die Zahl auf 550 355, davon sind 231 891 über 39 Wochen arbeitslos.

Seit Anfang dieses Jahres ist unter Berücksichtigung der Krisenfürsorge folgende Entwicklung bei den langfristigen Erwerbslosen festzustellen:

| Erwerbslosenfürsorge Krisenfürsorge |                        | Insgesamt              |         |
|-------------------------------------|------------------------|------------------------|---------|
|                                     | 15. 26-39, 39-52 Woch. | 15. 26-39, 39-52 Woch. |         |
| 15. Januar                          | 348 805                | 268 207                | 617 012 |
| 15. Februar                         | 314 892                | 255 520                | 570 412 |
| 15. März                            | 281 894                | 221 601                | 503 495 |
| 15. April                           | 168 682                | 168 885                | 337 567 |
| 15. Mai                             | 150 143                | 126 383                | 276 526 |

Die Zahl der direkten Unterstützungsempfänger in der Erwerbslosen- und Krisenfürsorge ist vom 15. Januar bis 15. Mai von 1 969 415 auf 972 260 zurückgegangen; der Rückgang erfolgte fast ausschließlich durch Arbeitsaufnahme kurzfristiger Erwerbsloser. Am 15. Januar waren 814 743 Erwerbslose mit einer Unterstützungsdauer bis 13 Wochen und 407 102 Erwerbslose mit über 13 bis 26 Wochen vorhanden; am 15. Mai waren es 257 980 bis 13 Wochen und 211 781 über 13 bis 26 Wochen. Der Rückgang an direkten Unterstützungsempfängern betrug 997 155, dem steht bei den kurzfristigen Erwerbslosen ein Rückgang von 752 084 gegenüber.

Der Rückgang bei den langfristigen Erwerbslosen erscheint günstiger, als er in Wirklichkeit ist, weil im gleichen Zeitraum eine Verschmelzung der Notstandsarbeiter von 104 298 auf 166 462 erfolgte und hier überwiegend langfristige Erwerbslose berücksichtigt werden.

Es zeigt sich also, daß sich im Verlauf der Krise die Zusammensetzung des Arbeitslosenheeres grundlegend geändert hat und die Unterbringung der langfristigen Erwerbslosen trotz Konjunkturbelebung auf erhebliche Schwierigkeiten stößt. Am Beginn der Krise hatten wir am 15. Dezember 1925 bei über 1 Million Unterstützungsempfängern nur 42 014 langfristige Erwerbslose und 27 870 Notstandsarbeiter, heute bei nicht ganz 1 Million Unterstützungsempfänger 502 499 langfristige Erwerbslose und 166 462 Notstandsarbeiter. Den hier vorliegenden sozialen Notstand beseitigt man nicht durch Abbau der Erwerbslosen- und Krisenfürsorge sondern durch Ausbau des Arbeitslosenschutzes.

### Der Bürgerblock berät.

Reichsminister Dr. Marx hatte am Dienstagabend eine Besprechung mit den Arbeiterführern der Regierungsparteien, an der die Minister Brauns, Curtius, Hergt, v. Raabell, Schiele und Köhler teilnahmen sowie die Abgeordneten Graf Westarp, Scholz, v. Guérard, Esser, Stegerwald und Reich. Die Besprechung wurde für vertraulich erklärt.

Die „Germania“ erklärt, das Zentrum lege größten Wert darauf, daß der Entwurf zum Reichsstaatsgesetz vor dem Zusammengehen des Reichstages wenigstens in der ersten Lesung durchberaten werde.

Der Fall Balzer. Der Polizeipräsident hat wegen des Zwischenfalls bei der gestrigen Beamten demonstration eine Untersuchung eingeleitet.

## Blindes Kind an der Römerbrücke

Von Richard Bernstein.

Rostar, Anfang Juni.

An der unsagbar tiefgrünen Rarenta, wo sie am grünsten leuchtet und sich zwischen hohen Felsenrändern hindurchwindet, wo wiederum auf jedem Fleckchen Humus ein Feigenbaum wild wächst und Früchte trägt, die nicht gepflückt werden können, weil keiner dazu kann — da liegt im weiten Tallesse der Herzoginwiner Steinberge die ansehnliche, wohlgebaute und sorglich geplasterte Stadt Rostar. Ihr Name sagt dem Kenner slawischer Werte schon, daß sie nach einer Brücke benannt sein muß, denn Rost ist Brücke und selbst das nordwestböhmische Brüg heißt jetzt amtlich Rostje. Aber die Rostarer Brücke, um die es sich handelt — es gibt mehrere —, die ist nicht eine Brücke wie sonst irgendeine, o nein! Die liegt schon ziemlich am unteren Ende der Stadt, im Viertel der mostischen Händler und Handwerker. Zwischen uralten Tortürmen und tiefstehenden Uferhäusern am Felsen mit fimsigen Fenstern, die noch sichtlich jüngerer Datums sind, spannt sich hier in einem einzigen, vollendet schönen, fast halbkreisförmigen Bogen die Brücke und die Böhlen oder vielleicht auch schon Eisenträger mit ihrem Betonüberzug sind so angelegt, daß sie im Winkel aufeinanderstoßen: man geht bis zur Mitte hinauf und dann auf der anderen Hälfte herunter.

Diese Brücke da ist nichts weniger als die älteste Brücke, nicht nur in Südoß, nein es heißt sogar in ganz Europa. Sie ist von den Römern erbaut und an ihr haben sich später Slawen niedergelassen, haben die Türken, als sie den slawischen Balkan unterjochten, ihre Herrschaft aufgerichtet und später, nach 1878, die Oesterreich-Ungarn ein größeres Militärlager angelegt. Hier führt ein wichtiger Weg vom Adriatischen Meer über die karstigen Bergketten her nach Bosnien, Slowonien, Ungarn und Serbien, führte nach Ägypten und Pannonien, wohl auch nach Dacien, dem heutigen Rumänien.

In der Mitte der Zementbrüstung des Brückenbogens steht man auf einer rostigen Tafel etwas von „rinsky most“ — sonst künbete nichts dem Wanderer, worauf er hier steht, daß er auf einem ewigen Bauwerk eben den Fluß in großer Höhe überschreitet.

So denkend, gingen wir drüben durch die Lindenstraße, als uns zwei kleine Jungen entgegenkamen. Der eine führte den anderen und bettelte für ihn, da er blind sei. Und wirklich, aus den toten Augen des anderen ersieht man die Wahrheit der Behauptung. Wir hören gleich darauf von dem Väter, daß das arme Kind von Geburt blind und auch nach ärztlicher Ansicht keine Aussicht auf Wiederherstellung der Sehkraft sei.

Dann aber sehen wir den Blinden die gesammelten Metalladare gegen Papiergeld umzuwechseln und eilig — am Arm des Bruders und des Freundes — davonlaufen. Er scheint kindlich froh zu sein. Er

## Von Chamberlain bis Trozki.

Einheitsfront der „Bluthunde“?

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht eine Rede Stalins über die chinesische Revolution auf dem Plenum des Ekki am 24. Mai 1927. Inmitten dieser Rede ein Bild Chamberlains mit der Unterschrift: Der Bluthund. Diese Rede ist eine außerordentlich scharfe Angriffsrede gegen Trozki. Sie beginnt mit folgenden massiven Schlägen:

„Ich bin der Meinung, Genosse Trozki ist ein so großes Interesse gar nicht wert. (Zwischenruf: „Richtig!“) Um so mehr, da er eher an einen Komödianten erinnert als an einen Helden und man keinesfalls einen Komödianten mit einem Helden verwechseln darf. Ich spreche schon gar nicht davon, daß für Bucharin und Stalin nichts Verleidendes darin liegt, wenn solche Leute, wie die Genossen Trozki und Sinowjew, die durch das Siebente Erweiterte Plenum des Exekutivkomitees einer sozialdemokratischen Abweichung überführt sind, die Boschewiki beschimpfen. Im Gegenteil, es wäre für mich die allergrößte Beleidigung, wenn Halbmenschen wie vom Typus der Genossen Trozki und Sinowjew mich loben und nicht schelten würden.“

Ich werde mich ferner auch nicht über die unanständigen und grob verleumderischen Einstellungen des Standpunktes des ZK. der KPSU. und der Komintern in der chinesischen Frage verbreiten, wie sie in den zahlreichen Thesen, Aufsätzen und Reden der Opposition enthalten sind.

Das ist — ich sage es gerade heraus — ein gewöhnlicher Spießbüchse des Genossen Trozki.

Gestatten Sie mir, zu bemerken, daß dieser Standpunkt der Standpunkt eines Staatsrats „Seiner Hoheit“ Tschangtschajins ist.

Genosse Trozki ist auf den Standpunkt eines Schreibers Tschangtschajins und Tschangtschajins hinabgeglitten.“

Sie endet mit folgendem Keulenschlag:

„Soeben erhalte ich die Nachricht, daß die englische konservative Regierung beschlossen hat, die Beziehungen zur Sowjetunion abzubauen. Es bedarf keines Beweises, daß nunmehr ein allseitiger Vorkoch gegen die Kommunisten einsetzt. Dieser Feldzug hat schon begonnen. Die einen bedrohen die KPSU. mit Krieg und Intervention, die anderen — mit Spaltung. Es ergibt sich etwas in der Art einer Einheitsfront von Chamberlain bis Trozki.“

Einheitsfront von Chamberlain bis Trozki, Chamberlain der Bluthunde, also Trozki in der Einheitsfront der Bluthunde. Das ist die schärfste Formulierung, die die Stalinisten bisher im Kampfe gegen die eigene Opposition geprägt haben. Es ist nicht nur Beschimpfung, sondern vor allem Drohung.

Auf Chamberlain hat Stalin mit der Wiederaufnahme des blutigen Terrors geantwortet. Man versteht, welche stille, aber furchtbare Drohung danach in dem Wort von der Einheitsfront von Chamberlain bis Trozki für die Trozkiisten und für Sinowjew liegt.

## Die schwarze Reichswehr.

Verteidigungsthema im Reichstag. — Untersuchungsausschuss.

Der Femeauschuss des Reichstages beschloß, am kommenden Sonntag die Untersuchung des Schwarzen-Reichswehr-Komplexes endlich zu beginnen. Er soll zunächst drei Zeugen vernommen werden über die Existenz von Akten über die Schwarze Reichswehr beim Reichswehrministerium und dem Wehretikettenkommando: Hauptmann Rainer, Oberst v. Bod und Oberst Schleicher. Die materielle Beweisaufnahme möchte die Rechte gegen über die Sommerferien verschieben, um dann in einem Zuge wie in München die Vernehmungen vorzunehmen, obwohl für diese Parallele kein stichhaltiger Grund vorliegt.

weiß nicht, was ihm entgeht — gerade hier in Rostar, dem fruchtbarsten Land um die herrlich grüne Rarenta, die da leuchtet den vielen Rostems zur Freude, in der heiligen Farbe des Propheten!

### Zentrale Kontrollbehörde für das englische Theater.

Bei einer unlängst in London stattgefundenen Sitzung von Vertretern der verschiedenen mit dem Theater zusammenhängenden Organisationen wurde beschlossen, die Vorbereitung zur Schaffung einer zentralen Kontrollinstanz für alle das Theater berührenden Fragen in Angriff zu nehmen. In dieser obersten Behörde werden in gleichem Maße Autoren, Theaterdirektoren, Schauspieler, Theaterarbeiter, Agenturen, Verleihinstitute und Banken vertreten sein. In erster Linie wird eine Regelung aller wirtschaftlichen Fragen angestrebt, ferner Gründungen von Unterstützungskassen, Ferienheime und auch eine Versicherungsgesellschaft. Schließlich aber auch die Gründung einer Zentralinstanz mit Zensurvollmacht. Zu diesem Zweck werden auch pädagogische Vereine, die oberste Schulbehörde und Polizeivertreter in den Verwaltungsrat entsendet.

Selbstmord eines russischen Gelehrten. Großes Aufsehen erregt in Kiew der Selbstmord des Direktors der Kunstabteilung des Ukrainischen Historischen Museums und Mitalleses der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften Prof. Tscherbakowski. Prof. Tscherbakowski war einer der bekanntesten Kunstgelehrten Rußlands, der mehrere kunstgeschichtliche Werke veröffentlicht hat. Wie die Sowjetblätter erzählen, litt der Gelehrte stark unter der Hege, die von kommunistischer Seite in Kiewer wissenschaftlichen Kreisen gegen ihn getrieben wurde. Diese Hege sei um so verwerflicher gewesen, als Prof. Tscherbakowski unter dem Zarenregime infolge seiner radikalen Ansichten keinen Verhöhn erhalten konnte. Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung eingeleitet.

Eine Insel als Freilichtmuseum. Die nahe bei Helsingfors gelegene Insel Käliß ist als Freilichtmuseum eingerichtet worden, indem man dort hin aus den verschiedensten Teilen des Landes charakteristische Bauwerke übergeführt hat. Es befinden sich darunter verschiedene Typen aller Bauenhäuser mit ihrer ganzen Einrichtung, eine alte Holzkirche, Werkstätten, Brunnen, auch Fahrzeuge und dergleichen. Jetzt hat man auf der Insel sogar, nachdem dieses bisher, weil die Mittel fehlten, nicht möglich gewesen war, ein ganzes Herrenhaus neu aufgebaut. Es handelt sich um ein sehr charakteristisches Bauwerk, in dem bekannte schwedische Adelsgeschlechter lange gefessen haben. Auch innen wird es entsprechend wieder eingerichtet werden.

Der „Bund Deutscher Gebrauchsgroßhändler“ bezieht seinen diesjährigen Bundeskongress vom 20. bis 22. Juni in Dresden und Leipzig. Im Mittelpunkt der Tagung steht ein Vortrag von Prof. Dr. Emil Vreuterius, München, über das Thema „Die chemische Kunst gemessen an der abendlichen.“

Goldspiel der Berliner Volksbühne in Magdeburg. Im Rahmen der fünfjährigen Veranstaltungen, die anlässlich des 8. Deutschen Volksbühnentages vom 22. bis 26. Juni in Magdeburg stattfinden, wird das Ensemble des Theaters am Bülowplatz Streindbergs „Traumspiel“ und „Schafkopfreis“, Sommerachtsraum“ unter der Regie von Fritz Holl im Magdeburger Stadttheater zeigen.

Nach dem Referat des deutschen Nationalen Berichterstatters Schäfer über den Fall Kofsbach wurde eine große Debatte über diese Frage geführt. Der Abg. Bergsträßer regte an, vorher die Frage über die Existenz von Akten der Schwarzen Reichswehr und namentlich auch der Akten der Arbeitskommandos zu klären.

Dr. Levi unterstrich die Notwendigkeit, daß dem Ausschuss alle Akten zugänglich gemacht werden, um so mehr, da das Reichswehrministerium sich bodig gezeigt habe. Der Ausschuss darf sich nicht durch falsche Rubrizierung der Vorgänge im Reichswehrministerium irreführen lassen. Dr. Levi erinnert daran, daß man bei den belgischen Akten denselben Fall erlebt habe, wo man einen vierteljährigen Kampf mit dem Reichswehrministerium führen mußte.

Als Beweisthema für die Zeugenvernehmung ist vorgesehen: wie ist die Schwarze Reichswehr organisiert gewesen, wie war die Bildung solcher Formationen möglich, wie ist es zu der Zusammenarbeit mit der Reichswehr gekommen? Als Zeugen sollen nach Ansicht von Dr. Levi u. a. vornommen werden: Reichsminister Cuno, Reichsminister Hamann, General v. Seekt einerseits und andererseits u. a. Buchruker, v. Graefe, Lubendorff, Kofsbach, Wulle, Major v. Stefani sowie eine Reihe von höheren Offizieren. Kofsbach und Graefe sollen u. a. speziell ausfragen, was zwischen der Reichswehr und ihren Organen einerseits und den Vertretern der Schwarzen Formationen andererseits vereinbart worden ist. Dr. Geßler selbst soll erst am Schluss vernommen werden.

## Der Rückgang der KPD.

Mitgliederzahlen und Mitgliederbewegung in Berlin.

Genosse Hilferding auf dem Parteitag in Kiel: „Bedeutung für die Arbeiterbewegung hat die kommunistische Partei nicht. Sie ist verloren.“

Eine Illustration. Mitgliederbestand der KPD. in Berlin-Brandenburg-Lausitz am 31. Januar 1927:

| Berlin      | 8 255 männl. | 2 681 weibl. | 4 068 erwerbbl. Mitgl. |
|-------------|--------------|--------------|------------------------|
| Hauptbezirk | 482          | 55           | 411                    |
| Caußh       | 542          | 100          | 289                    |
| Nord        | 180          | 75           | 179                    |
| DR          | 492          | 138          | 411                    |
| Süd         | 548          | 134          | 287                    |
| West        |              |              |                        |

10 477 männl. 3 161 weibl. 5 640 erwerbbl. Mitgl.

Aufstellung:

|                            |       |
|----------------------------|-------|
| 10 477 männl. Mitglieder   | 54,8% |
| 3 161 weibl. Mitglieder    | 16,4% |
| 5 640 erwerbbl. Mitglieder | 29,3% |

Jansel. 19 278 Mitglieder aus Berlin — Brandenburg — Caußh.

Im Dezember 1926 betrug der Mitgliederbestand der KPD. in Berlin-Brandenburg-Lausitz 23 948 Mitglieder. Sie hat in diesem Bezirk in einem Monat 4670 Mitglieder, oder rund 20 Proz. ihrer Mitglieder verloren.

## Irlands endgültiges Wahlergebnis.

Die Arbeiterpartei als Jünglein an der Wage.

London, 15. Juni. (CP.) Das Ergebnis der Wahlen im irischen Freistaat steht nunmehr ziemlich endgültig fest. Die Regierungspartei erhielt 45 (58), die republikanische Partei 44 (48), die Arbeiterpartei 22 (14), die unabhängige Partei 12 (18), die Farmer 11 (15), die nationale Liga 8 und die Sinnfeiner 5 Sitze. Es steht noch das Ergebnis der Unversitätswahlen aus, von denen mit ziemlicher Sicherheit drei Sitze auf die unabhängige Partei fallen. Es scheint nunmehr festzustehen, daß eine Koalitionsregierung im irischen Freistaat möglich ist, wobei die Arbeiterpartei den Ausschlag geben dürfte.

Trauerkundgebung für Dr. Krausnek. Aus Anlaß des Hinscheidens des bayerischen Finanzministers Dr. Krausnek trat der Landtag heute vormittag zu einer Trauerkundgebung zusammen. Präsident Königbauer würdigte in einer Ansprache das Leben des Verstorbenen und dessen Wirken für den Staat.

## Ermordete Diplomaten.

Seit den ältesten Zeiten der Geschichte war stets das Leben der bevollmächtigten Abgesandten eines jeden Landes nach alter Sitte geschützt. Ganz gleich, ob sie Frieden oder Krieg brachten, niemals durfte ihr Leben gefährdet werden, und sie erhielten stets freies Geleit. Und dennoch ist auch dieses von allen Völkern der Erde anerkannt, ungehebriche Gesetz wiederholt in schwerster Weise während des Verlaufes der Menschheitsgeschichte gebrochen worden.

Zur Zeit der Regierung Cromwells wurden die englischen Gesandten in Spanien und Holland von Anhängern der britischen Königspartei aus Rache für die Hinrichtung Karl I. ermordet. Der Tod des Gesandten Isaac Dorislaus hat stark zum Ausbruch des britisch-holländischen Krieges beigetragen.

Am bekanntesten ist wohl die Ermordung des französischen Gesandten zum Kaiserlichen Kongress im Jahre 1799. Da die Verhandlungen ohne Erfolg waren und Oesterreich seine Gesandten zurückzog, so fuhren auch am 28. April die Vertreter Frankreichs ab. Aber gleich außerhalb der Stadt wurden sie von österreichischen Hularen überfallen. Dabei wurden zwei der Gesandten getötet. Nur einer entkam schwer verwundet.

Aus der neueren Geschichte ist die Ermordung des deutschen Gesandten in Peking, Freiherr von Ketteler, während der Boxerunruhen in China wohl am berühmtesten. Diese Ermordung führte damals zum Kriege der Mächte gegen China und hatte dadurch in der Geschichte des fernen Ostens eine weittragende Bedeutung. China mußte lange Jahre hindurch an die beteiligten Staaten die sogenannte „Boxerentschädigung“ bezahlen. Diese Zwangsforderung im Verein mit den China aufgedrängten, ungerathen Verträgen hat nicht zum geringsten Teil die Revolution im Reiche der Mitte sowie die heutige Freiheitsbewegung dahelst hervorgerufen.

Im letzten Jahre des Weltkrieges wurde 1918 im Juli der deutsche Gesandte bei der Sowjetregierung in Moskau, Graf von Mirbach, durch zwei Attentäter im Gesandtschaftsgebäude ermordet. Trotz eingehender Untersuchung konnten die Attentäter nicht ermittelt werden. Die Sowjetregierung sprach damals sogleich der deutschen Regierung gegenüber ihre tiefe Empörung wegen des Verbrechens aus, und so konnte die Angelegenheit ohne weitere Folgen beigelegt werden.

Zum Abbruch der Beziehungen zwischen Sowjetrußland und der Schweiz führte die im Mai 1923 in Lausanne erfolgte Ermordung des russischen Botschafters Borowitski aus Rom, der in Lausanne an einer Konferenz als Vertreter Rußlands teilnahm. Erst jetzt konnten durch Vermittlung der deutschen Regierung die diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und Sowjetrußland wiederhergestellt werden. Die Schweiz sprach offiziell ihr Bedauern aus und bewilligte den Angehörigen des Ermordeten eine Rente.

Wiederum ist nun ein Vertreter der sowjetrußischen Regierung, der Gesandte Bokow in Warschau, durch einen jungen Anhänger der Konterrevolutionäre ermordet worden. Diese Tat hat den politischen Horizont stark verüstert und neue Spannungen geschaffen.

## Auslandsanleihe der Stadt Berlin.

Am Februar d. J. erklärte die Stadtverordnetenversammlung sich einverstanden mit Ausnahme einer Inlandsanleihe von 90 Millionen Mark, die für Zwecke des Verkehrs bestimmt war. Gestern wurde von der Stadtverordnetenversammlung ohne Debatte genehmigt, daß die Anleihe, wie der Magistrat in einer Dringlichkeitsvorlage beantragte, auch als Auslandsanleihe begeben werden kann. Diese Neuregelung ist nötig geworden, weil die staatliche Aufsichtsbehörde ihre Zustimmung zu der im Februar beschlossenen Inlandsanleihe verzögert hatte und inzwischen der inländische Geldmarkt sich so verschlechtert hat, daß hier die Anleihe jetzt schwer unterzubringen ist. Uebrigens ist seit jenem Beschluß auch der Anleihebedarf Berlins schon wieder gestiegen. Der jetzt abgeänderte Beschluß sieht vor, daß der Anleihebetrag noch um 23 Millionen Mark vermehrt wird, die für die Fleischgroßhalle, für die Wasserwerke und für die Kanalisation verwendet werden sollen.

## Tragödie in der Laubenkolonie.

### Der Kreuztod eines Junglehrers.

Gestern, am späten Nachmittag, ist der Junglehrer Willy Rihmann aus Karlshorst auf seltsame Weise freiwillig in den Tod gegangen: er hat sich in der Laube seiner Schwiegereltern nach und christungslos, nur mit einem Lendenschurz bekleidet, ausgebreiteten Armes erhängt. Schlingen mit Laubknoten und einen umgestürzten Holzkloß sah man am Tabernakel. Die Polizeibeamten des 259. Reviers fanden ihn wie einen Getroffenen, sie glaubten an ein Verbrechen, sie irrten sich: der arme war ans Kreuz des Todes gegangen, weil er das Kreuz des Lebens nicht länger tragen wollte.

Der junge Lehrer war auch junger Ehegatte und groß soll die Liebe zur Frau gewesen sein, einer — Protestantin. Unzeitliches Verbrechen in den Augen jener, die die Kirchenmoral über die Individualmoral stellen! Auch die eigene Familie Rihmanns war bestrebt, machte dem Strengsittigen Vorwürfe. Wir wollen nicht rechten, da das Unrecht bereits geschehen ist. Nur fragen, ob nicht Rihmanns „religiöser Wahn“, von dem die Zeitungsberichte sprechen, nicht mit Folge sein sollte, von jenem kirchlich-moralischen Irrwahn, der noch in so vielen Köpfen spukt.

## „Alte Kameraden!“

### Nach der bekannten Melodie zu singen!

Es passieren ungemein wichtige Dinge unter dem Mond, die der gewöhnliche Sterbliche nur allzuwenig beachtet. Und so ist es als Glück zu preisen, daß wir unser altes Offizierskorps haben! So versteht beispielsweise der Vorstand des Vereins der Offiziere ehem. Königl. 4. Thür. Inf.-Regt. Nr. 72 unter dem Vermerk: „Vertraulichkeits- und Geheimhaltungsmaßnahmen, deren Vertraulichkeit wir aufheben wollen.“ Da ist nämlich unter den Herren dieses Vereins, alten kameradschaftlichen Traditionen getreu, ein derartig fürchtbarer Stunt ausgebrochen, daß aus dem Verein bald drei Vereine werden. Der Oberförstern nennt sich Erzellenz Generalleutnant Köhe, und nach dem vertraulichen Protokoll der außerordentlichen Mitglieder-Versammlung vom 13. Mai 1927 ist der ganze Krater darauf zurückzuführen, das Erzellenz Köhe, wie ein Oberleutnant J. mittelst, die gefräntzte Leberwurst spielt, weil er nicht selbst Vorsitzender des Offiziersvereins der 72er ist. Erzellenz ist überhaupt stotterreaktionär: Er kann sich „in die Jetztzeit nicht hineinverfehlen“ und vertritt sich deshalb nicht mit dem „Kameradenverein“ der Königlichen 72er, in dem die alten Korporale und Muskoten organisiert sind. Die anderen Herren aber können sich „in die Jetztzeit hineinverfehlen“ und haben daher erkannt, daß es außer Leihhämeln auch Herdenvieh geben muß. Erzellenz Köhe will von solchen demokratischen Anwandlungen nichts wissen. Er ist besonders wütend, daß im Mitteilungsblatt dieses hochwichtigen Vereins ein „Junger Leutnant“ im Alter von 43 Jahren einen Kuffler über „Kameradschaft“ geschrieben hat, dem er, ein leibhaftiger Generalleutnant mit dem Titel Erzellenz, nicht zustimmen kann. Erzellenz Köhe hat die Konsequenzen gezogen: Während man bisher einmütig und geschlossen im „Heidelberg“ lagte, ist Köhe mit seinen Anhängern ins „Sleichen“ übergesiedelt. Aber auch die Gruppe, die sich um Oberleutnant J. schart, kann Konsequenzen ziehen: Sie hat beschlossen, das Vorgehen von Erzellenz Köhe als „Anmaßung“ zu erklären und ihrerseits eine „Ortsgruppe der Offiziergruppe ehem. Königl. J.-R. 72“ zu gründen.

Da, meine Herren vom J.-R. 72, wißt ihr noch, wie's damals war? Unter S. M.? Die Kameradschaft rühmte man im Kasino mit lautem Munde, in der Praxis, bei Beförderungen und angenehmen Kommandierungen, hieß die Parole: „Silbagenfreiheit.“ Heute gibt es keine Beförderungen mehr, wie man aus dem Bemerklichen „ehemalig“ folgern kann. Aber Erzellenz Köhe und Oberleutnant J. können trotzdem zurückerinnert sein: Heute, nach der Spaltung ihres Pflanzens, sind alle beide „im Vorjäh!“

## Ein verdächtiger Hund im Walde.

Ein verdächtiger Hund beschäftigt wieder die Mordinspektion der Kriminalpolizei. In der Großen Krämpfe gegenüber Schmüdewitz fanden junge Leute, die dort ihr Zelt aufgeschlagen hatten, etwa 300 Meter vom Ufer entfernt eine Handtasche aus initiiertem Eidechsenleder. Dieser Hund muß Verdacht erregen. Die Tasche enthielt eine Schachtel Streichhölzer, eine Puderdose, zwei Taschentücher, die F. L. gezeichnet sind und eine Visitenkarte mit dem Namen „Reinhold Römer-Berlin“, außerdem ein halbfertig gesticktes Deckchen. Ebenso wie die Taschentücher war dieses zusammengeknüllt und oben auf lag eine eingefädelte Kugel. Die Tasche war augenscheinlich gewaltsam aufgerissen, ihr Inhalt durchwühlt. Sie ist nicht etwa von jemandem, der an der Fundstätte gelagert hätte, hingelegt und vergessen worden. Die Kriminalpolizei rechnet damit, daß ihre Eigentümerin im Walde überfallen worden ist und die Tasche auf der Flucht weggeworfen hat. Sie kann ihr auch geraubt worden sein. Vielleicht hat der Räuber ein Portemonnaie erbeutet und dann die Tasche beiseite geworfen, weil ihr Inhalt für ihn wertlos war. Möglich ist auch, daß ein noch schwereres Verbrechen vorliegt. Bisher ist noch keine Spur für eine weitere Aufklärung gefunden. Mitteilungen, insbesondere von der unbekanntem Eigentümerin der Tasche oder über sie nimmt die Mordinspektion im Polizeipräsidium entgegen.

## Politik oder Geschäft.

In einer vom Reichsbanner nach der Schulaula in der Steglitzer Straße einberufenen Versammlung sprach Genosse Wolfgang Heine über die Politik der Deutschnationalen. Gerade die Kreise, die sozial von nationalen Aufgaben für den Staat reden, haben in den letzten Jahren immer wieder den Beweis erbracht, daß ihnen der Staat — vor allem der republikanische — gleichgültig ist, wenn sie mit einem Ueberzeugungswandel Geschäfte machen können. Die Pläne des Justizrats Claf sind nach kein Jahr alt. Ohne Vorzug, der in den letzten Tagen wieder einmal sein „soziales“ Herz entdeckt hat, könnten Claf und Konsorten nicht bestehen. Die Deutschnationalen haben nicht nur um der paar Ministerposten der Kaiserparagrafen geschickt. Sie hoffen noch auf größeren Verdienst aus diesem Geschäft. Kamerad Dr. Niehler erganzt die Ausführungen des ersten Referenten. In der Diskussion sprach der Stahlheimer Koradi, der die Landesverratsche gegen das Reichsbanner betreibt. Seine Rede, die die alten Plattheiten wiederholte, wurde von der Versammlung mit stürmischem Gelächter beantwortet.

# Beginn des Machan-Prozesses.

## Öffentlichkeit ausgeschlossen. — Die Pressevertreter bleiben im Saal.

Bremen, 15. Juni. (Drahtbericht.)

Am hohen Schwurgerichtssaal des Bremer Landgerichts begann heute der Kuppelprozess gegen Frau Elisabeth Koloma, die Verfasserin des aufsehenerregenden Buches „Vom Leben getötet“. Unseren Lesern sind alle Einzelheiten des Kampfes um das Buch und seine Verfasserin — in der Presse und im Parlament — noch in Erinnerung. — Der Zuhörerraum ist überfüllt, und ein großes Aufgebot von Schupo ist auf den Gängen untergebracht, um eine Ueberfüllung des Zuschauerraums zu verhindern.

Pünktlich um acht Uhr erschien die Angeklagte Frau Koloma, begleitet von ihrem Anwalt im Saal. Sie ist kaum mittelgroß, schlank und trägt das dunkelblonde Haar in einem einfachen Knoten. Frau Koloma macht einen sehr intelligenten Eindruck und mußerte die große Schär der gegen sie ausgebotenen Belastungszeugen, unter denen sich nicht wenige Freundinnen der verstorbenen Tochter befinden, die über die Lebensweise der Elisabeth Koloma Bemerkungen machen sollen. Krankenschwestern, Kriminalbeamte und die Kochbarn der Eheleute Koloma, die über die Lebensführung der Elisabeth gehört werden sollen. Unter den Zeugen befindet sich auch der Ehemann Koloma, ein älterer Mann, und der Bruder der Angeklagten, die der Vorsitzende ermahnt, es mit ihren Aussagen genau zu nehmen, da über die Sache schon zu viel geredet, geschrieben und geschwätzt worden sei. Sodann wurde der

### Eröffnungsbeschluss

verlesen, aus dem hervorgeht, daß Frau Koloma vorgeworfen wird, Unzucht geduldet und daraus für sich und ihre Familie Vorteile gezogen zu haben. Darauf stellte der erste Staatsanwalt Dr. Drechsler den Antrag, die Öffentlichkeit während der ganzen Dauer des Prozesses wegen Gefährdung der Sittlichkeit auszuschließen. Der Verteidiger dagegen betonte, daß der Fall in aller Öffentlichkeit vorgetragen sei. Man möge der schwer beschuldigten Mutter Gelegenheit geben, sich in aller Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Frau Koloma lebe selbst sehr sittenstreng und habe ihre Kinder sittenstreng erzogen. Der Staatsanwalt beantragt hierauf auch den Ausschluß der Presse, da dieser Fall kein größeres Interesse beanspruchen könne, als andere Sittlichkeitsprozesse. Der Vorsitzende machte einen Vermittlungsvorschlag, daß die Pressevertreter im Saal bleiben, aber die Namen der Zeugen nicht nennen sollten. Auch hiergegen protestierte der Erste Staatsanwalt Dr. Drechsler und war der Meinung, daß sich die Presse aus dem Plädoyer zum Schluß ein genügendes Bild machen könne. Ferner hat der Staatsanwalt, nur die Ärzte zuzulassen, die ein psychologisches Interesse an der Sache hätten. Die Umstände, die zum Tode der Elisabeth Koloma führten, interessierten dagegen die Staatsanwaltschaft nicht, und deshalb wäre die Anwesenheit dieser Ärzte nicht nötig. Nach kurzer Beratung verkündete der Vorsitzende:

### Die Öffentlichkeit ist ausgeschlossen.

den Pressevertretern und den Vertretern der Behörden, sowie den gerichtlichen Sachverständigen wird dagegen die Anwesenheit gestattet. Als dann die Zuhörer den Saal verlassen hatten, wurde die Angeklagte vernommen, die mit leiser Stimme erklärte:

„Mir ist die Anklage unverständlich.“ Sie gab dann an, daß sie 1886 in Magdeburg geboren sei, 1907 habe sie geheiratet und ein Jahr später sei sie nach Bremen gezogen. Ihr Mann sei ein selbständiger Schuhmacher, sie lebten in ganz guten Verhältnissen, trotzdem fünf Kinder zu versorgen waren. Augenblicklich lebe noch eine Tochter im Hause. Die verstorbene Elisabeth ist nach den Feststellungen des Vorsitzenden 1907 geboren, war eine gute Schülerin und verließ 1922 die Schule. Sie kam zunächst zu einem Landwirt als Dienstmädchen und kehrte im Herbst 1923 nach Bremen zurück. Dann sollte sie Verkäuferin werden, aber damals machte sich der Einfluß einer Freundin „Erna“ bemerkbar, und die beiden 16jährigen Mädchen riefen nach Berlin aus. In einem Brief schrieb Elisabeth, daß sie nicht mehr Lust habe, „den Herrschaften den Dreck wegzufahren“, sie wolle vielmehr Krankenpflege erlernen. Das Mädchen erklärte, daß es ihm schwerfalle, von Haus fortzugehen, und ludte seine Spur, aber freilich recht ungeschickt, zu vertuschen. In Berlin ging den Ausreisefreierinnen bald das Geld aus, und sie baten einen Bremer Bekannten um Geld. Dieser informierte die Eltern, und Frau Koloma löste die Mädchen, die inzwischen alle entbehrlichen Kleider und Wäschestücke verkauft hatten, aus und brachte sie nach Bremen zurück.

Worl.: Was haben die Mädchen in Berlin gemacht?

Frau Koloma: Sie haben sich so durchgeschlagen.

## Wendung im Hagedorn-Prozess?

### Ein Hypnotiseur schwer verdächtig!

Duisburg, 15. Juni. (Drahtbericht.) Gegen Ende der gestrigen Verhandlung im Kindermordprozess wurden die Eltern der Räte Hagedorn vernommen. Der Vater berichtet, daß er mit seinem Wagen zur Stadt gefahren sei und seine Tochter getroffen und mitgenommen habe. Es sei ihm an ihr nichts aufgefallen. Als er von dem Kindermord erfuhr, habe er nicht im entferntesten die Vermutung gehabt, daß seine Tochter etwas damit zu tun habe. Dann aber habe seine Frau am Mantel Räte Hagedorns Blutflecke entdeckt und sei in höchste Erregung geraten. In ihrer Empörung sei seine Frau mit dem Beil auf die Tochter losgegangen, mit Wut habe er ihr das Beil entzogen. Als er am nächsten Tage zur Polizei ging, sei seine Tochter schon verschwunden gewesen. Frau Hagedorn bestätigte im wesentlichen die Aussagen ihres Mannes. Als sie, von Entsetzen gepackt, das Beil gegen ihre Tochter erhob, sei diese im Bett niedergekniet und habe alles unter herzerweichenden Tränen abgestritten.

Die 16-jährige Schwester des ermordeten Mädchens gibt zu, mit Räte Hagedorn in sehr intimen Beziehungen gestanden zu haben. Eine weitere Zeugin hat einer Szene beigewohnt, in der die Tochter in der Küche zusammenbrach und trampfhaft vor sich hinkeulte. Die Mutter aber habe gejubelt: „Sie mimt wieder Film.“ Nach den Feststellungen des Gerichts war der Großvater der Angeklagten Trinker, die Großmutter Epileptikerin.

Heute morgen kommt es zu einer sensationellen Wendung: Ein Kriminalkommissar meldet sich und sagt aus, der Zeuge von de Sand, der die Leichen auffand, habe ihm gestern Abend mitgeteilt, daß seine Aussagen eine Lüge hätten. Die Wichtigkeit dieses Beschlusses sei ihm erst nach seiner Vernehmung zum Bewußtsein gekommen. Als er die beiden Kindesleichen entdeckte, habe der Hypnotiseur Schikowski bereits im Gebüsch gestanden und sei hinzugefahren. Schikowski war von der Familie Hagedorn verdächtigt worden, aus persönlicher Feindschaft Räte Hagedorn hypnotisiert zu haben. Er hat drei Vierteljahre bei Hagedorns gewohnt und in ihrem Schlafzimmer genächtigt. Auf die Frage, ob Schikowski bei der Tat zugegen war, antwortet die

Barf.: Sie sollen in Lokalen verkehrt haben, wo Nachtische stattfanden.

Weiter hielt der Vorsitzende der Mutter vor, daß die Tochter auf der Polizei zugegeben habe, ein lockeres Leben in dieser Zeit geführt zu haben. Nach diesem Auszug hielt Frau Koloma die Tochter streng im Hause, „denn das Elternhaus muß das Kind vor allen Vorurteilen in Schutz nehmen“. Auf den Vorhalt des Vorsitzenden, das junge Mädchen habe vom Herbst 1923 an allnächtlich in Bremer Vergnügungslokalen verkehrt, bestritt dies die Angeklagte, gab aber dann zu, daß Elisabeth mit der Trude viel ausgegangen sei, und daß diese Freundin ihr viel Kopfschmerzen gemacht habe. Weiter ergab sich bei der Vernehmung, daß die Tochter mit Herren Vergnügungsausflügen gemacht habe. Frau Koloma bestritt gegenüber den Fragen des Vorsitzenden, gewußt zu haben, daß Elisabeth schwer krank gewesen sei. Sie gab aber zu, daß Elisabeth spät nachts nach Hause gekommen und auch einen Ausflug nach Berlin gemacht habe. Ferner sei Elisabeth spät abends von den Autos ihrer Freunde abgeholt worden. Trotz allem habe sie nichts Böses dabei gedacht.

Barf.: Das könnten Sie als verständige Frau doch wissen, daß ein junges Mädchen, ein halbes Kind, nicht allein im Café sitzen würde.

Angell.: Ich habe sie ermahnt, aber...

Barf.: Sie sollen von Ihrer Tochter wiederholt Geld bekommen haben, die damals so begehrten Dollar, bekommen haben?

Angell.: Die Dollar bekam ich genau ebenso wie heute noch von meiner Schwester aus Amerika.

Barf.: Sie sollen auch von der Trude Geld abbekommen, Sie sollen sogar ihre Handtasche revidiert haben.

Angell.: Das ist unwahr.

Barf.: Sie sollen den Besuch von Herren in Ihrem Hause geduldet haben, das sagt doch die Trude.

Angell.: Dann liegt sie mit vollem Bewußtsein.

Frau Koloma gab dann ferner zu, daß Elisabeth und Trude mit einem Bekannten eine nächtliche Autotour gemacht haben. Sie selbst sei damit einverstanden gewesen und habe sich nichts dabei gedacht, da die Gattin des betreffenden Herrn die beiden Mädchen selbst aufgefördert habe, mit ihrem Mann eine Autofahrt zu machen.

Barf.: Sie haben dann das Buch geschrieben, als sei Ihre Tochter die Verfasserin. Wie kamen Sie dazu, wollten Sie Ihre Tochter reinwaschen? Angell.:

Das Buch habe ich in großer Zerrissenheit geschrieben. Ich habe es geschrieben, wie ich meine Tochter kenne und in Erinnerung hatte. Die Wahrheit über mein Mädchen habe ich erst später erfahren.

Erster Staatsanwalt Drechsler: Wozu haben die Mädchen in Berlin gelebt, wenn sie nicht von Herren Geld erhalten haben?

Angell.: Die Mädchen haben ihre ganze Ausstattung verkauft und etwa 60 000 Mark Schulden im April 1923 gemacht, die ich in fünf Raten abzahle.

Auf Befragen des Verteidigers Dr. Hertel schilderte Frau Koloma, wie sie und ihr Mann die Elisabeth gezeugt hätten, wenn sie spät nach Hause kam. Nach der an sich kurzen Vernehmung trat das Gericht in die

### Zeugenernehmung

ein. Ein Bekannter der Familie Koloma gab eine Schilderung über Elisabeth, die als Kind Gutes versprochen habe. Der Vater habe geklagt, er könne mit dem Mädchen nicht mehr fertig werden. Er selbst habe nie bemerkt, daß die Elisabeth Herrenverkehr hatte, oder daß die Familie besser gelebt habe.

Ein Schulkamerad der Tochter erzählte dann Einzelheiten über Elisabeth. 1921 habe sie die Freundin einmal zu einem Papierwarenhändler begleitet, der Elisabeth für kleine Zärtlichkeiten, die sie gewährte, in ihrer Gegenwart Geld geschenkt habe.

Ein Zeuge A., der vor der Polizei konkrete Angaben über den Verkehr der Elisabeth mit Herren gemacht hatte, schränkte seine Aussagen sehr erheblich ein. R. A. Hertel: Herr Zeuge, wie war Ihre Vernehmung auf der Polizei?

Zeuge: Man wollte mit Gewalt etwas Schlimmes über Kolomas hören. Ich konnte doch aber nichts sagen, da ich die Familie als sehr reelle Leute kenne. Der Polizeibeamte erklärte sogar, ich hätte unentbehrlichen Verkehr mit Frau Koloma gehabt. R. A. Hertel: Auch andere Zeugen klagen über das eigenartige Verhalten der Elisabeth. — Der folgende Zeuge, Polizeibeamter B., behauptete, er habe nachts vor dem Geschäft Kolomas im Jahre 1923 zwei Mädchen mit einem Herren vor dem Hause stehen sehen. Frau Koloma (erregt): Ich bin mit meinem Mann abends öfter nach 12 Uhr nach Hause gekommen. Dann haben wir mit Bekannten öfter vor der Tür gestanden. Zeuge: Das kann nicht sein. Ich habe in der Dunkelheit zwar nichts Genaues sehen können, aber nach den Stimmen waren es Mädchen, die dort standen. Hierauf trat eine kleine Pause ein.

Angeklagte „Rein“. Das Gericht beschließt eine halbstündige Pause, um die Eltern der Angeklagten, van de Sand und Schikowski herbeizuholen. Der Kriminalkommissar Pfeiffer wird vom Vorsitzenden streng vermahnt, mit dem Zeugen unter keinen Umständen zu sprechen.

Heute nachmittag kommen die Sachverständigen zu Wort. Von ihren Gutachten wird das Schicksal Räte Hagedorns nicht zum wenigsten abhängen.

## Mittelfeuer in der Greifswalder Straße.

Ein gefährliches Feuer kam gestern nacht in einer Bäckerei in der Greifswalder Straße 92/93 zum Ausbruch. Beim Erscheinen des ersten Löschzuges brannte das Gebäude in gesamter Ausdehnung lichterloh. Es wurde sofort 2. Alarm, d. h. „Sonders“, weitergegeben, worauf drei weitere Löschzüge anrückten. Große Schwierigkeiten bereitete die Wasserzuführung, da sich der Hydrant etwa 450 Meter von dem Brandherd entfernt, in der Greifswalder Straße befindet. Von der lichterloh brennenden Bäckerei war nichts mehr zu retten und so mußten sich die Wehren darauf beschränken, die Gebäude des Fuhrunternehmens zu schützen. Sämtliche Wehre konnten rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. Erst gegen 5 Uhr früh waren die Lösch- und Aufräumungsarbeiten soweit beendet, daß die Wehren unter Zurücklassung einer Brandwache abrückten konnten.

Erschossen in einem Kletterheim. In der Küche des Kletterheims Auguststraße 14/15 war gestern die 22jährige Heiserin Lori Philipp mit Arbeiten beschäftigt, als plötzlich eine heftige Erschossung erfolgte. Fräulein P. wurde von einer hervorbrechenden Stichtlamme erfasst, so daß ihre Kleider Feuer fingen. Schwerverletzt mußte sie in das Hedwigs-Krankenhaus überführt werden.

Sprechchor für proletarische Feiertage. Übungsstunde Donnerstags, den 16. Juni, abends 19<sup>15</sup> Uhr, im Gesangsraum der Sophienkirche, Belmelmerstr. 16/17.

Gemeinschaftsreise nach Tiro. Der Österreichisch-Deutsche Volksbund veranstaltet am 8. Juli mit Sonderzug eine Reise nach Innsbruck. Der Fahrpreis beträgt 23.— Mark. Anmeldungen zur Reise sind an die Geschäftsstelle, Kronprinzenweg 12, zu richten.

## Die ersten Kirschen.

Nur fünf kleine glasgrüne Kirschchen trug das Bäumchen im Müllers Garten. Das war sein Dank gegen seinen Wohltäter, der es im vorausgegangenen Jahre vom Gärtner gekauft und in fruchtbares gutes Erdreich verpflanzt hatte. Und daß es schon im ersten Jahr blühte und gleich Früchte trug, machte es zum erklärten Liebling der ganzen Familie Müller. Jeden Abend wurde es mit Sorgfalt gegossen, jeden Abend wurde kein Wachstum neu festgestellt. Bald begannen die fünf Kirschchen zu wachsen, und in den letzten heißen Tagen des Juni wurden sie gelb und röteten sich auf der Sonnenseite. Als diese Feststellung gemacht wurde, erklärte man den nächsten Sonntag als „Festtag“, an dem die Kirschchen geerntet werden sollten.

Der Sonntag kam. Nach dem Mittagessen plücker die Familie Müller nach der Saube hinaus. Die zwei Knaben waren erregt, sie rechneten schon im Stillen aus, wer bei der Kopfsahl vier wohl der Glückliche sei, dem die fünfte Kirschchen gehören würde. Vater machte den Vorschlag, Mutter sollte sie erhalten. Einstimmig wurde dieser Beschluß gefaßt. Dafür mußte sie aber auch zuerst ihr Urteil über die Güte der Kirschchen abgeben. Herr Müller brauchte keine Leiter zu nehmen, er langte mit ausgestrecktem Arm nach der Krone des Bäumchens. Neben ihm stand seine Frau, die die Ernte auf einem weißen Tellerchen in Empfang nahm. Die Kinder sahen in feierlicher Erwartung zu. Mutter, die Glückliche, lachte über das ganze Gesicht, als sie die erste Kirschchen in den Mund schob. Im selben Augenblick zog sie aber die Kirschchen mit einem Ausschrei wieder heraus. „Wui, die Kirschchen haben Maden!“ Die Kinder standen wie entsetzt, auch Herr Müller sah seine Frau verblüfft an. Dann nahm er seine Kirschchen vom Teller, schob sie in den Mund, brühte triumphal — und sagte:

„In meiner war keine drinn!“ Aber er lag offenbar. „Ach wail! Wail in Speck!“ sprach sein älttester Junge und spuckte den Kern weit von sich. Auch der Kleine griff nun beherzt danach. Doch wohl war ihnen allen nicht so recht dabei. Da griff die Mutter mit ihrem besten Lächeln, wie es eben nur eine gute Mutter ausstrahlen kann, nach der letzten Kirschchen.

„Ihr habt recht, Kinder,“ sagte sie, „ich habe mich geirrt. Die Kirschchen sind fein.“  
Ja, wirklich sie lächelte. Laut klang nun der Jubel und das Lob über das schöne Bäumchen um sie her. Aber niemand hatte gesehen, wie zwischen ihrem Lächeln eine kleine, dumme Träne im Auge gestanden hatte.

## Der Mörder als Bettler.

### Auf der Suche nach dem Mörder Heißweibel.

Trotz aller Nachforschungen ist es bisher noch nicht gelungen, den Installateur Willy Heißweibel, auf den auch die Berliner Kriminalpolizei fahndet, zu ermitteln. Wie schon mitgeteilt wurde, hat Heißweibel im Jahre 1923 einen Schupowachmeister erschossen, der ihn beim Einbruch ertappte und festnehmen wollte. Aus dem Zuchthaus in Halle entflohen, trieb er sich auf den Landstrassen umher und erschah bei einem räuberischen Ueberfall am 29. Mai d. J. auf der Chaussee bei Stettin den Versicherungsbeamten Fritz Wuffow. Auf die Befanntschaftungen in den Zeitungen hin haben sich bei der hiesigen Kriminalpolizei eine Reihe von Zeugen gemeldet, die den Verfolgten in Berlin gesehen haben wollen. So teilte ein Brautpaar mit, daß ein Mann, auf den die Beschreibung des Heißweibel paßt, es bei einem Spaziergang in der Jungfernhöhe belästigt habe. Die jungen Leute, die sich der Beleidigung bei Stettin — bei dem es sich auch um ein Brautpaar handelte — bei dem Vorfall sofort erinnerten, lesen eilig davon. Verfolgt wurden sie nicht. Weiter hat sich eine Frau aus der Weinmeisterstraße gemeldet, bei der ein verdächtiger Mann am Sonntag vormittag bettelte. Auch sie will nach den veröffentlichten Lichtbildern Heißweibel erkannt haben. Da sie allein zu Hause war, getraute sie sich nicht, die Wohnung zu verlassen und einen Schupobeamten herbeizurufen.

## Die Frau mit der „Krebsnahe“.

Eine Schwindlerin, die es auf Hausangestellte abgesehen hat, treibt schon seit einem Vierteljahr in Groß-Berlin ihr Unwesen und betrügt ihre Opfer zum Teil um recht erhebliche Beträge. Sie kundschaftet jedesmal irgendwie die Verhältnisse einer Familie aus, erscheint dann, wenn nur die Hausangestellte da ist, in der Wohnung, gibt sich für eine gute Bekannte der Hausfrau aus und sagt, daß sie sich von dieser auf einige Stunden etwas Geld borgen wollen. Der Angestellten erscheint das stets glaubhaft, weil die Frau sich über die Verhältnisse der Familie gut unterrichtet zeigt. Unglück legen die Mädchen fast immer den erbetenen Betrag aus. Die „Befannte“ aber läßt sich nie wieder sehen. Die Schwindlerin ist etwa 30 Jahre alt, 1,50 bis 1,60 Meter groß und nennt sich „Kaufmann“ oder auch „Memes“. Sie geht gut gekleidet, in einem rosafarbenen Hut, einem braunen Kostüm mit hellen Karos, hellen Strümpfen und Halbschuhen. Ein besonderes Kennzeichen ist ihre Nase. Diese ist durch eine Operation eingeknickt und entsteht, eine sogenannte „Krebsnahe“. Mitteilung, die auf Wunsch vertauscht behandelt werden, an Kriminalkommissar Brebeck, Zimmer 547e im Polizeipräsidium; Hausanruf 393.

**Volksvorstellungen für Minderbemittelte in der Städtischen Oper.**  
Die Städtische Oper wird im Rahmen der Volksvorstellungen ihre letzten Neuaufführungen: „Der Jahrmarkt von Sorotschinski“ von Moussorgski und „Hanneles Himmelfahrt“ von Graener bringen. Die Vorstellungen finden an folgenden Tagen statt: Mittwoch, den 22. Juni 1927, abends 7½ Uhr, Hanneles Himmelfahrt; Sonntag, den 26. Juni 1927, abends 7½ Uhr, Der Jahrmarkt von Sorotschinski; Dienstag, den 28. Juni 1927, abends 7½ Uhr, Der Jahrmarkt von Sorotschinski; Mittwoch, den 29. Juni 1927, abends 7½ Uhr, Hanneles Himmelfahrt. Ferner gelangt die Operette von Leo Fall „Jugend im Mai“ am Freitag, den 24. Juni 1927, abends 7½ Uhr, und am Donnerstag, den 30. Juni 1927, abends 7½ Uhr, zur Aufführung. Der Eintrittspreis beträgt für alle Plätze 1,80 M. einschließlich Garderobe und Programm. Die Platzkarten werden an den Vorstellungsaubenden verlost. Bestellungen werden von der Kunstdeputation, Stadthaus, 1. Stod, Zimmer 145 (Anruf: Magistrat 426) entgegengenommen.

# Protest der Bäckereiarbeiter.

## Gegen das Attentat auf das Arbeitsschutzgesetz.

In den Germania-Sälen fand gestern abend eine stark besuchte Versammlung der Berliner Bäcker und Konditoren statt, in der noch einmal zu dem Attentat der Regierungsparteien auf das Arbeitsschutzgesetz Stellung genommen wurde.

Genosse Heschold vom Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverband verurteilte scharf das Verhalten der Bäckermeister, die sich immer mehr zu den Deutschnationalen hinüber gemauert haben. Ganz besonders trefte dies auf die Reichstagsabgeordneten Rieseberg und Biener zu. Die Bäckermeister in ihrer Gesamtheit konnten ihre Betriebe in den vergangenen Jahren trotz der achtstündigen Arbeitszeit auf Kosten der Arbeiterschaft in die Höhe bringen. 75 Proz. der Bäckermeister sind

in kurzer Zeit Hausbesitzer geworden,

zum Teil können sie heute sogar mehrere Häuser ihr eigen nennen.

Der an den Reichstag gestellte Antrag, die Arbeitszeit in den Bäckereien auf 60 Stunden wöchentlich zu verlängern sowie die Sonn- und Feiertagsarbeit zuzulassen, bedeute eine unerhörte Zumutung angesichts der großen Zahl Erwerbsloser im Bäckereigewerbe. Wenn dieser Antrag zur Abänderung der bisherigen Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien angenommen würde, dann bedeute dies nichts weiter als eine Arbeitszeiterhöhung. Zur Abwehr derartiger unzumutbarer Maßnahmen wird die Arbeiterschaft einmütig beschlossen.

Die Ausführungen des Referenten fanden in der Versammlung lebhaften Zustimmung. Ohne Diskussion wurde die nachstehende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die Versammlung der Bäcker und Konditoren erhebt gegen das geplante Attentat einiger rechtsstehender Handwerksmeister auf das Arbeitsschutzgesetz vom 23. November 1918 und auf die Sonntagsruhe in Bäckereien

allerhöchsten Protest.

Die Ehrenmitglieder des gelben Bundes, Bäckermeister Rieseberg, Quedlinburg, Obermeister Biener, Chemnitz und Genossen fordern vom Reichstag, daß

1. die Arbeitszeit in unbefränkter Form auf die Werttage von zwei Wochen verteilt werden kann, ohne eine tägliche Höchst-arbeitszeit festzusetzen;
2. die Arbeit in Bäckereien unter den Begriff „Arbeitsbereitschaft“ zu stellen und dadurch die Arbeitszeit auf 60 Stunden in der Woche auszuweihen ist;
3. die Herstellung leichtverderblicher Konditormware sowie das Füllen und Belegen leichtverderblicher Konditormware mit leichtverderblichen Stoffen an Sonn- und Feiertagen zugelassen werden soll. Dieses durch nichts begründete Bürgerblockattentat würde

den Arbeitstag ins Angemessene verlängern.

bei dem Mangel an Kontrolle in den Kleinbäckereien nicht nur bis 60 Stunden, sondern auch darüber hinaus die Arbeiter ausbeuten und die sieben-tägige Arbeitswoche wieder einführen sowie das Gesetz über die Sonntagsruhe vollständig illusorisch machen. Diese Forderungen sind aus rein reaktionären und absolut arbeitserfeindlichen Tendenzen geboren, die das Gland der Bäcker und Konditoren, wie es vor mehr als 30 Jahren bestand, mit seinen Folgen wieder zur Einführung bringen würden. Ganz besonders aufreizend wirkt, daß, obwohl Bäckereien und Konditoreien nach dem eigenen Urteil der Arbeitgeber während des Be-

## Konflikt auf der Arbeitskonferenz.

### Um die Gewerkschaftsfreiheit.

Genf, 14. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Internationale Arbeitskonferenz hat sich am Dienstag den ganzen Tag noch mit dem Fragebogen über die Gewerkschaftsfreiheit beschäftigt. In der Einzelberatung vom Vormittag wurden die beiden Streichungsanträge der Arbeitergruppe zur Vereinigungsfreiheit (betreffend die gesetzlichen Formvorschriften und die Gewährleistung der Freiheit, sich nicht zu organisieren, die beide auch von den deutschen Regierungsvertretern unterstützt wurden) mit 55 gegen 40 bzw. 59 gegen 44 Stimmen verworfen.

Der dritte Antrag der Arbeitergruppe, betreffend Streichung des Ausdrucks „Gemeinwohl“ zum Fragepunkt: Verhandlungsfreiheit der Berufsorganisationen, der auch von dem französischen und belgischen Regierungsvertreter unterstützt worden war, wurde mit 55 gegen 50 Stimmen angenommen. Dagegen wurde der letzte Antrag der Arbeitergruppe über Beschränkung der öffentlichen Ordnung auf die eigens dazu bestimmten Gesetze ebenfalls mit 60 gegen 37 Stimmen verworfen, wofür allerdings eine nicht stark davon abweichende Fassung des belgischen Regierungsvertreter mit 68 gegen 35 Stimmen angenommen wurde. Es lautet: „den zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung bestimmten Gesetzen nicht zu widerlaufen“. Ebenso fand ein Antrag mehrerer südamerikanischer Regierungsvertreter, einen weiteren Fragepunkt, die juristische Persönlichkeit der anererkennenden Organisation betreffend, mit 47 gegen 31 Stimmen Annahme.

Angesichts dieses Ergebnisses verlangte der Vorsitzende der Arbeitergruppe Verschiebung der Abstimmung auf nachmittags. Ueber die Mittagszeit beschloß die Arbeitergruppe dann, gegen die Vorlage zu stimmen, worauf diese am Nachmittag mit 54 gegen 42 Stimmen verworfen wurde. Nun gab es eine längere Berlegenheitsdebatte, weil man sich zum ersten Male in der Lage befand, einen Fragebogen durch einen abzuändernden Konventionsentwurf, der bereits auf der Tagesordnung

stehens des Achtstundentages und der absoluten Sonntagsruhe ihren Mann sehr gut ernährt haben, gerade die Sonntagsruhe eines großen Handwerkerstandes zugunsten der verwöhnten Baumen einzelner wohlhabender Kreise geopfert werden soll. Damit sind selbst weite Kreise der

Arbeitgeber des Bäckereigewerbes nicht einverstanden.

Die Versammlung erwartet vom Reichstag, daß er einem solchen antisozialpolitischen Gesetz die diesem gebührende Beachtung schenkt, im Interesse der das tägliche Brot herstellenden Arbeiterschaft und im wohlverstandenen Interesse der Volksgesundheit über diesem giftigen Antrag seine Zustimmung verweigert.

## Stellungnahme der Internationale.

Ueber die Tagung des Vorstandes der Internationalen Union der Lebensmittelarbeiter (I.U.), die vom 10. bis 12. Juni in Innsbruck stattfand, geht uns folgender Bericht zu.

Der Vorstand der I.U. beschäftigte sich mit den internen Geschäften der I.U. Zur Aufnahme hatte sich der griechische Lebensmittelarbeiterverband gemeldet. Der Aufnahme wurde die Zustimmung gegeben. Die I.U. zählt damit heute rund 735 000 Mitglieder.

Von dem unitarischen (kommunistischen) Lebensmittelarbeiterverband in Frankreich lag ein Vorschlag zur Verschmelzung mit dem der I.U. angeschlossenen französischen Verband vor. Der Vorstand lehnte die Behandlung des Vorschlages ab. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß vor Anerkennung der Statuten der I.U. und ihrer Kongreßbeschlüsse durch den unitarischen Verband jeder weitere Verkehr mit diesem Verbands unterbleiben soll.

Der Beitrag für das Jahr 1927 wurde auf 15 Cents Schweizer Währung angelegt. Das Mitteilungsblatt der I.U. wird ab 1. Juli gedruckt erscheinen. Zur Bewältigung der vermehrten Aufgaben der I.U. soll durch die Exekutive eine in den Wirtschaftspragen kundige Kraft eingestellt werden.

Besondere Aufmerksamkeit widmete der Vorstand den sich bemerkbar machenden Bestrebungen zur Beseitigung der Tagearbeit im Bäckergewerbe, der Ausschaltung des Achtstundentages in diesem Gewerbe und der Konditoreibranche, wie den Versuchen zur Einführung der sieben-tägigen Arbeitswoche. An die angeschlossenen Organisationen richtete der Vorstand den Appell, alle Verschlechterungsversuche zurückzuweisen. Denjenigen Organisationen, die dabei Kämpfe zu bestehen haben, sicherte der Vorstand die moralische und finanzielle Unterstützung der I.U. zu. Der Vorstand erinnert die gesamte Arbeiterschaft an die Beschlüsse des Wiener Gewerkschaftskongresses wie an die der Sozialistischen Arbeiterinternationalen, die betonen, daß es Pflicht aller Arbeiter ist, die Bäckerei- und Konditoreiarbeiter in ihrem schweren Kampfe zur Erhaltung der Tagearbeit und des Verbotes der Sonntagsarbeit tatkräftig zu unterstützen.

Die von der Exekutive der I.U. in der Frage der Erreichung eines Verbotes des Tragens zu schwerer Lasten unterbreitete Vorlage zu einem internationalen Übereinkommen erhielt die Zustimmung des Vorstandes. Gefordert wird darin, daß Lasten über 75 Kilogramm durch einen Mann nicht getragen werden dürfen.

Beschlossen wurde ferner, die Lebensmittelarbeiter aufzufordern, im Rahmen der Beschlüsse des Internationalen Gewerkschaftsbundes alle Versuche zur Entfesselung neuer Kriege entschieden zu bekämpfen.

Der vierte Kongreß der I.U. wird in Verbindung mit der Vorstandssitzung der I.U. im Mai 1928 in Wien tagen.

der nächsten Arbeitskonferenz steht, verworfen zu haben. Nach längerer Diskussion wurde schließlich mit 50 gegen 42 Stimmen beschlossen, daß sich die Kommission nochmals mit der Angelegenheit befassen und versuchen soll, einen Ausweg zu finden.

Dieser Ausschuss trat sofort zu einer Sitzung zusammen, ging aber nach kurzer Zeit auseinander, da die Unternehmergruppe erklärt hatte, daß sie keinen Anlaß habe, von neuem zu dem Fragebogen Stellung zu nehmen. Die Arbeitergruppe trat darauf zu einer zweifündigen Sonder Sitzung zusammen, die mit dem Ergebnis endete, daß ihre Haltung wohlüberlegt sei und ein Grund zur Änderung des Standpunktes der Arbeitergruppe nicht gegeben sei.

## Die Hüttenarbeiter fordern Dreischichtwechsel.

Essen, 14. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Deutsche Metallarbeiterverband hat im Auftrage der von der Tarifgemeinschaft für die nordwestliche Gruppe der Metallindustrie beteiligten Metallarbeiterverbände am 14. Juni 1927 folgendes Schreiben an den Arbeitgeberverband Nordwest gerichtet:

„Die unterzeichneten Metallarbeiterverbände kündigen hiermit den durch Schiedsspruch vom 17. September 1926 festgelegten Arbeitszeitvertrag für die Arbeiter der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie, nordwestliche Gruppe, zum 31. Juli 1927. Wir beantragen, daß nach Ablauf des oben bezeichneten Arbeitszeitvertrages der achtstündige Arbeitstag (für die Hütten- und Walzwerksarbeiter die dreigeteilte achtstündige Wechselschicht) mit entsprechendem Lohnausgleich eingeführt wird.“

Verantwortlich für Text: Victor Schiff; Bildhaft: G. Klingelhäger; Gewerkschaftsbewegung: S. Steiner; Redaktion: S. S. Böcher; Solales und Genfines: Fritz Karstadt; Einzeln: E. G. Gode; sämtlich in Berlin. Verlag: Nordwest-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Nordwest-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

## Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin.

Die 20. Änderung der Satzung ist vom Oberverwaltungsamt Berlin genehmigt worden. Gebühdert sind die §§ 33 b u. 47. Die Änderungen sind am 15. Juni 1927 in Kraft getreten. Die Rollenbeiträge betragen vom 1. Juli 1927 ab 61, vom 1. August 1927 ab 62, vom 1. September 1927 ab 63, vom 1. Oktober 1927 ab 64, vom 1. November 1927 ab 65, vom 1. Dezember 1927 ab 66. Die Beiträge zur Krankenversicherung werden von den Arbeitnehmern zu 2/3, und von den Arbeitgeber zu 1/3, getragen. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung werden von den Arbeitnehmern und von den Arbeitgebern je zur Hälfte getragen.

Der Vorstand: Hermann Krüger, A. Freund, Vorsitzender, Schriftführer

## Wenn Abends

unerwartet Gäste kommen, berührt es jede Hausfrau peinlich, wenn sie nichts aus der Küche anzubieten hat. — Anders ist die Sache, wenn die so delikaten

### Dörrfler-Bouillonwürstchen

in Dosen von 2, 4 und 8 Paar à 75 Gramm

im Hause sind. Diese sind schnell heiß gemacht und wenn der Gast solche dampfend vorgesetzt bekommt, wird er entzückt sein, weil sie so lecker aussehen und schmecken. — Es können aber auch

### Dörrfler Westfälische Bauernwürstchen

in Dosen von 3 und 6 Paar à Paar 100 Gramm sein, die eine noch pikantere Würzung haben.

## Beleuchtungskörper und jeden elektrischen Gebrauchsartikel

bekommen Sie am billigsten

bei bequemer Teilzahlung

in unseren Ausstellungsräumen, Elsässer Straße 78

Elektrische Anlagen während der Sommermonate

einfache Brennstelle 10.— M. bei sauberster Ausführung.

Berliner Elektriker-Genossenschaft E.G.m.b.H.

Elsässer Str. 86-88, Alexanderstr. 39-41, Wilmersdorf, Landhausstr. 4

## Pumpen, Bleyle's

Strickkleidung für Herbst und Winter. Westen für Herren, Damen, Kinder. Knaben-Anzüge, Schul- u. Anknöpfhosen. Sweater für Knaben und Mädchen. Faltenröcke, Reformhosen u. Schlüpfer. Original-Listen-Preise. — Katalog gratis.

August Berg, Unlandstraße 167  
Spezialgeschäft für Wollwaren.

**Armband- u. Taschenuhren**  
Mein Schlager  
Damen-Armbanduhren 14 kar. Gold 26 M.  
Silberne Herren-Armbanduhren 13 M.  
Große Auswahl in jeder Preislage.  
**Herm. Wiese, Berlin N., Artilleerstr. 36**  
Nähe Oranienburger Tor  
Garantie für jede bei mir gekaufte Uhr

Herstellung von **künstlichen Augen**  
in vollendetester Ausführung  
**Ludwig Müller-Uri**  
Berlin NW 6, Karlstraße 15.  
Gegründet 1835, älteste Anstalt Deutschlands.  
Das ganze Jahr ständig geöffnet werktags von 6-4 Uhr.